

Sondersitzung des Stadtrates am 22. Februar 2012

Nur einen Tagesordnungspunkt wies die Tagesordnung der Sondersitzung des Stadtrates am 22. Februar 2012 auf, zu der die Ratsmitglieder ungeplant und kurzfristig eingeladen wurden. Der Rat sollte beschließen, dass aus der Gewinnrücklage der städtischen Gesellschaft DVV 11,5 Mio. Euro entnommen und an die Stadt als Gesellschafterin ausgeschüttet werden. Die DVV (Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft) besitzt eine höhere Rücklage, die aus einem 40prozentigem Anteilsverkauf der Stadtwerke an RWE im Jahre 2001 resultiert. Überraschenderweise (für die FDP) hatte die Finanzaufsicht der Stadt erlaubt, einen Teil aus dieser Rücklage zu entnehmen, ohne gleichzeitig die Stadt aufzufordern, auch den prächtigen Rest aus dem Stadtwerke-Anteilsverkauf zur städtischen Schuldentilgung einzusetzen. Die Verwendung der entnommenen 11,5 Mio. Euro sollte der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung beschließen (darüber darf deshalb an dieser Stelle nicht berichtet werden). Nach langen Diskussionen stimmten CDU, SPD, Grüne und Linke für die Entnahme, was aber eigentlich auch alle Informierten schon vorher so erwartet hatten. Dagegen stimmten FDP, DWG und der Einzelvertreter der BürgerUnion.

Zusätzlich wurde auf die Tagesordnung noch die Bedarfsanmeldung der Betreuungsangebote Duisburger Kindertageseinrichtungen genommen, die der Rat einstimmig und ohne Diskussion beschloss. Die Sitzung, die erst um 20:00 Uhr begonnen hatte, endete um 21:30 Uhr.

Sitzung des Stadtrates am 26. März 2012



Die ursprünglich zur Haushaltsverabschiedung gedachte Sitzung des Stadtrates am 26. März begann um 15:00 Uhr und hatte genau **100 Beratungspunkte** auf der Tagesordnung. Da der Haushalt, der üblicherweise die Tagesordnung einer ganzen Ratssitzung dominiert, erst ab Mai beraten und erst im Juni verabschiedet werden soll, war im Januar/Februar eigentlich nicht erwartet worden, dass die Themen der März-Sitzung so umfangreich würden. Aber schon bei den Ausschusssitzungen, die in den 3 Wochen vor jeder Ratssitzung stattfinden, waren die Ordner der Mandatsträger außerordentlich gut gefüllt.

Dennoch herrschte eine geradezu entspannte und harmonische Atmosphäre im Ratssaal, wie sie die Ratsmitglieder schon länger nicht erlebt hatten, was angesichts des bevorstehenden Landtagswahlkampfes verwunderte. Eventuell lag es daran, dass Herr **Carsten Tum** (SPD) direkt zu Beginn der Sitzung als neuer Beigeordneter (für Stadtentwicklung) vereidigt wurde. Herr Tum sprach die Vereidigungsformel mit dem Zusatz „so war mir Gott helfe“. Dann folgten im Minutentakt die ersten 25 Tagesordnungspunkte. Darunter zahlreiche TOPs, in denen Stadtdirektor Dr. Peter Greulich als Nachfolger des ausgeschiedenen Oberbürgermeisters in verschiedene **Aufsichtsratspositionen** gewählt wurde und viele Beschlüsse zu **Wirtschaftsplänen** städtischer Gesellschaften.

Erste Diskussionen kamen dann bei der Vorlage über verkaufsoffene Sonntage zustande. Die Grünen beantragten, die beiden **verkaufsoffenen Sonntage** in Walsum von der Liste zu streichen, um eine gesamtstädtische Zahl von 20 Sonntagen in 2012 zu erreichen – eine Zahl, die vor Jahren vom Rat als Richtwert/Höchstgrenze beschlossen wurde, die aber noch nie eingehalten wurde. Die große Mehrheit der Ratsmitglieder sprach sich gegen den Vorschlag der Grünen aus (auch die eigenen Kooperationspartner SPD und Linke). Gegen die Beschlussvorlage – inkl. der zwei Walsumer Sonntage – sprach sich dann letztendlich nur Ratsherr Wörmann von der CDU aus, der bei diesem Thema als „Vertreter der Kirchen“ schon traditionell dagegen stimmt.

Zu langen Debatten, vor allem unter den Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund, führte auch der nächste Tagesordnungspunkt, eine **Zielvereinbarung des Stadtrates mit dem Integrationsrat**. Schon in den Sitzungen der Bezirksvertretungen und der Ratsausschüsse gab es zahlreiche Änderungswünsche, die aber wiederum vom Integrationsrat abgelehnt wurden. Einige Ratsmitglieder betonten, dass diese Vereinbarung in ähnlicher Form bereits seit 2004 bestehe und es eigentlich keine nennenswerten Änderungen gäbe. Andere erklärten, dass es sich um eine Vereinbarung handelt, die beiderseitig beraten und beschlossen werden muss, um Gültigkeit zu erlangen und kritisierten, dass der Integrationsrat alle Änderungen ohne Diskussion sofort abgelehnt hätte. Dem widersprachen einige Mitglieder des Integrationsrates und betonten, dass diese Vorlage schon seit fast 2 Jahren beraten werde. Daraufhin erklärten andere Mitglieder, dass die letzte Sitzung des Integrationsrates zwar stattgefunden hatte, aber diese nicht beschlussfähig gewesen sei. Dies führte zu einer Sitzungsunterbrechung, in der die Verwaltung rechtlich klären sollte, ob die Beschlüsse der letzten Sitzung des Integrationsrates Gültigkeit besitzen. Die Verwaltung erklärte anschließend, dass die Sitzung zwar nicht beschlussfähig war, die Beschluss(un)fähigkeit aber in der Sitzung nicht ausdrücklich festgestellt wurde und alle gefassten Beschlüsse daher als gültig zu bewerten seien. Letztendlich beschloss der Rat mit den Stimmen von SPD, Linken und Grünen mehrheitlich die Vereinbarung mit allen Änderungswünschen der Ausschüsse und Bezirksvertretungen. Die CDU und FDP-Ratsfrau Betül Cerrah stimmten dagegen, Frank Albrecht und Wilhelm Bies enthielten sich bei diesem Thema der Stimme.

Gleich 10 Ergänzungs- oder Erweiterungsanträge hatten mehrere Fraktionen zum darauf folgenden Tagesordnungspunkt gestellt. Es handelte sich zum wiederholten Mal um ein Handlungskonzept zum Umgang mit der **Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa**, vor allem in Hochfeld. Das größte Problem stellt die Gesundheitsvorsorge und die Beschulung der eingewanderten Kinder dar. Die Verwaltung hatte hier ein umfangreiches Papier mit zahlreichen Maßnahmen erarbeitet. Die FDP hatte gemeinsam mit der SPD einen Antrag gestellt, wonach in den betroffenen Gebieten eine Kontaktstelle mit Ordnungskräften und Polizei eingerichtet werden solle. Die DWG forderte eine gemeinsame Wache und eine Videoüberwachung. Die CDU forderte zur Lösung der Probleme zusätzliche finanzielle Mittel vom Land. Die Zusatzanträge wurden kontrovers diskutiert und sehr unterschiedlich abgestimmt. Einmal stimmten nur die Grünen gegen alle anderen, mehrmals stimmten nur CDU und DWG zu, bei einem Antrag stimmten alle Ratsmitglieder zu und die CDU stimmte allen Anträgen zu. Das Handlungskonzept der Verwaltung wurde letztendlich mit den beschlossenen Änderungen und Ergänzungen einstimmig beschlossen.

Der Schulausschuss hatte beschlossen, einen **Unterausschuss „Universität“** einzurichten. Inhaltlich waren sich alle einig, aber über die Besetzung dieses neuen Ausschusses wurde gerungen. SPD, Grüne und Linke hatten eine Variante vorgeschlagen, wonach FDP und DWG nur mit beratender Stimme dabei sein sollten, CDU, FDP und DWG hatten vorgeschlagen, dass alle Mitglieder gleichberechtigt und alle stimmberechtigt sein sollten. Rot-Rot-Grün setzte sich mehrheitlich durch, die FDP-Fraktion wird Herrn Dr. Friedenberg als beratendes Mitglied in diesen Ausschuss entsenden.

In den folgenden 4 Tagesordnungspunkten wurden **neue Bildungsgänge am Robert-Bosch-Berufskolleg** in Hamborn eingerichtet: „Berufliches Gymnasium der Fachrichtung Technik – Schwerpunkt Maschinenbautechnik“, eine „Zweijährige Berufsfachschule mit dem Schwerpunkt Elektrotechnik und - Schwerpunkt Metalltechnik“ und ein „Berufliches Gymnasium der Fachrichtung Technik - Schwerpunkt Elektrotechnik“. Und am **Berufkolleg Duisburg-Mitte** wurden die Bildungsgänge „geprüfter Handelsassistent Einzelhandel“ und „Eisenbahner im Betriebsdienst – Fachrichtung Lokführer und Transport“ erneut eingerichtet. Im **Schiffer-Berufskolleg** in Homberg wurde ein „Berufsgrundschuljahr – Schwerpunkt Logistik für die Hafenberufe“, im Rahmen eines Schulversuchs, eingerichtet.

Außerdem wurde die Einrichtung einer **Integrativen Lerngruppe** an der Theodor-König-Gesamtschule beschlossen. Dazu gab es dann überraschenderweise ein Wortgefecht, das wohl dem bevorstehenden Landtagswahlkampf geschuldet war: Ratsherr Wörmann (CDU) beklagte, dass mehrere Bundesländer bereits ausgefeilte Handlungskonzepte zum Thema Inklusion hätten, NRW aber „immer noch nichts“. Dafür machte er die Landesregierung verantwortlich und vor allen den bisherigen schulpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Sören Link, was natürlich wiederum heftige Gegenreaktionen auslöste.

Gegen die Verteilung der **Zuschüsse an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege** stimmte nur Ratsherr Happel von der BürgerUnion. Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz und der paritätische Wohlfahrtsverband bekommen insgesamt 551.924,42 Euro zur Erfüllung sozialer Aufgaben, zu denen die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, die aber in eigener (städtischer) Regie deutlich teurer wären.

Natürlich fehlten auch in dieser Sitzung nicht die üblichen Beschlüsse von **Bebauungsplänen**, Veränderungssperren und Flächennutzungsplänen. Insgesamt standen 24 Punkte auf der Tagesordnung, die sich mit städtischer Bauleitplanung beschäftigten und alle einstimmig oder mehrheitlich beschlossen wurden.

Zu einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und Linken, wonach „Lampen“ von der sogenannten **Sortimentsliste** ausgenommen werden sollten, stellte die SPD den Antrag auf 1. Lesung, was bedeutet, dass das Thema erst in der folgenden Sitzung beraten werden soll. Die Sortimentsliste stellt eine Liste aller Verkaufsartikel dar, die bei einer Neuansiedlung in einem bestimmten Gebiet nicht verkauft werden dürfen. Diese Liste soll die örtlichen Einzelhändler vor unliebsamer Konkurrenz schützen. Die FDP hat sich schon früh gegen die gesamte Liste ausgesprochen, hätte demnach heute auch zugestimmt, einen Artikel von der Liste zu streichen.

SPD, Grüne und Linke setzten per Antrag mehrheitlich durch, dass zukünftig auch innerhalb des **Vorbehalts- und Rettungswegenetzes Tempo-30-Zonen** eingerichtet werden können. Das Rettungswegenetzes soll eigentlich in einer Stadt schnellere, größere Wegeverbindungen für die Feuerwehr, Polizei und ÖPNV darstellen – also traditionelle Durchfahrtsstraßen, auf denen bisher eine Tempo-30-Regelung nicht möglich war. Denn auch die Fahrgeschwindigkeit der Feuerwehr im Einsatz muss unter Rücksichtnahme erfolgen und in Tempo-30-Zonen besteht auch immer eine Rechts-vor-Links-Regelung (was bei Einsatzfahrten unweigerlich zu einer Tempodrosselung führt). Dementsprechend spricht sich die Feuerwehr auch dagegen aus, auf Straßen des Vorbehalts- und Rettungswegenetzes Tempo-30 einzuführen. Hier setzte sich aber wohl der grundsätzliche Wunsch der Grünen nach einem generellen Tempolimit durch.

Die FDP-Ratsfraktion hatte einen Antrag gestellt, wonach sich die Stadt um den Stiftungspreis der **Stiftung „Lebendige Stadt“** bewerben solle, was vom Rat einstimmig beschlossen wurde.

Außerdem hatte die FDP eine Resolution - an die NRW-Landesregierung - zur Beibehaltung der derzeitigen **Ladenöffnungszeiten** formuliert. Erwartungsgemäß kam es zu Diskussionen zwischen FDP und Linken. Erwartungsgemäß stimmten SPD, Linke und Grüne mehrheitlich dagegen.

Letztendlich hatte die FDP-Ratsfraktion einen Antrag formuliert, indem der Rat die Liste der **Vorrangzonen für Windenergieanlagen** verändern sollte. Der Bereich des Essenberger Bruchs sollte davon ausgenommen werden, so dass an dieser Stelle der Bau solcher Anlagen nicht mehr möglich gewesen wäre. Alle anderen ausgewiesenen Stellen im Stadtgebiet sollten weiterhin dafür zur Verfügung stehen. Die Stadtwerke sollten gleichzeitig aufgefordert werden, auf ihre Pläne zur Errichtung einer Windkraftanlage im Essenberger Bruch zu verzichten. Dieser Antrag bekam jedoch nur die Stimmen der FDP, alle anderen wollten diese Stelle als Vorrangzone erhalten und stimmten dagegen. Inzwischen haben die Stadtwerke freiwillig auf das Projekt verzichtet...

Sitzung des Stadtrates am 21. Mai 2012

Die Sitzung des Duisburger Stadtrates am 21. Mai 2012 stand schon im Vorfeld unter dem Eindruck der **82-Mio.-Euro-Sparliste**, die die Stadtverwaltung bekannt gegeben hatte. Allerdings war auch schon vor Sitzungsbeginn klar, dass diese Liste in der heutigen Sitzung nur „eingbracht“ wird, beschlossen werden soll sie letztendlich in der Sitzung am 25. Juni 2012.

Die Vorlage des **HSP (Haushaltssicherungsplans) 2012 – 2021** wurde von den Vorsitzenden der Ratsfraktionen nur kurz kommentiert und für gegenseitige Schuldzuweisungen genutzt. Zu den einzelnen Sparvorschlägen hat sich niemand geäußert, da die Fraktionen nun erst in die Einzelberatungen gehen. Die SPD zeigte sich empört über die Sparvorschläge der Verwaltung und kündigte an, die meisten Punkte abzulehnen, allerdings bis zur kommenden Ratssitzung Kompensationsvorschläge machen zu wollen. Die Linken verstärkten die Formulierungen der SPD und schlossen sich den Worten an. Die CDU hatte einen Antrag zum Erhalt der Oper gestellt, dem die FDP zugestimmt hätte, der aber mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken auf die nächste Sitzung geschoben wurde. Das Kooperationsbündnis kritisierte, dass der CDU-Antrag populistisch sei und keine Gegenvorschläge beinhalte. Die Grünen lobten, dass die Verwaltung erstmals einen Plan erarbeitet hätte, der einen Weg zum Haushaltsausgleich aufzeigen würde. Dieses Lob war vermutlich dem (grünen) Stadtdirektor geschuldet, der das Papier vorstellte und verteidigte.

Der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Wilhelm Bies, erklärte, dass die vorgelegte Liste nicht alternativlos sei, wie man bereits vielerorts hören konnte. Die FDP hatte eine ganze Reihe von Gesellschaftsverkäufen als Alternative zu den Einsparungen vorgeschlagen. Durch die generierten Einnahmen könnten endlich die Altschulden der Stadt reduziert werden, was wiederum die hohe jährliche Zinslast senken würde – also den größten Teil des jährlich entstehenden Defizits. Er fragte, ob die Bürger lieber stolze Besitzer von RWE-Aktien sein möchten und Anteile an der Hafen-AG haben möchten, wir dafür aber keine Bäder und Kultur mehr in der Stadt haben wollten.

Unter Tagesordnungspunkt 9 war die Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der FDP (vor einem Jahr) vorgesehen: Die **Ausstattung der Ratsmitglieder mit iPads** oder LapTops. Die Verwaltung hatte die Anfrage geprüft und kam zu dem Ergebnis, dass durch die Einführung solcher Geräte jährlich ca. 200.000 Euro an Druck- und Versandkosten eingespart werden könnten. Zunächst sollte ein einjähriges Pilotprojekt gestartet werden. Die SPD meldete jedoch direkt zu Sitzungsbeginn an, dass sie dieses Thema erst in der kommenden Sitzung beraten möchte und beantragte die 1. Lesung. Üblicherweise (und auch in diesem Fall) gestattet der Rat die Verschiebung auf die nächste Sitzung, wenn eine Fraktion noch Beratungsbedarf anmeldet.

Ein großer Teil dieser Ratssitzung bestand aus unkritischen und üblichen Beschlussfassungen über **Satzungsänderungen**, Bebauungspläne, Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse städtischer Gesellschaften, die alle einstimmig beschlossen wurden.

SPD, Grüne und Linke planen offenbar die **städtische GfB** (Gesellschaft für Beschäftigungsförderung) in die Wirtschaftsbetriebe (WBD-AöR) zu integrieren. Dementsprechend stellten sie einen Antrag, wonach die WBD ein Gutachten anfertigen lassen sollen (die Stadt selbst dürfte so etwas vermutlich gar nicht beauftragen und bezahlen), aus dem die Vor- und Nachteile sowie die Möglichkeiten einer Fusion hervorgehen sollen. Da die WBD die einzige städtische Gesellschaft ist, die Gewinne erwirtschaftet und diese auch an die Stadt abführt, wird sie seit Jahren immer wieder zur „Rettung“ anderer städtischer Gesellschaften herangezogen. Ähnliches erlebte lange Zeit auch die Gebag, die viele Jahre für gesellschaftsfremde Aufgaben herangezogen wurde. Deshalb lehnten FDP, CDU und DWG und die Idee, die Wirtschaftsbetriebe nun auch noch mit der völlig fachfremden Aufgabe der Qualifizierung von Arbeitslosen zu beauftragen, ab. Die Mehrheit liegt im Stadtrat jedoch bei Rot-Rot-Grün, die ihren Willen durchsetzten.

Die Ratssitzung, die nur 48 Tagesordnungspunkte aufwies, endete bereits um 17:40 Uhr.